

Friedberg - Reichsstadt und kaiserliche Burg

Klaus-Dieter Rack

Dieser Beitrag umspannt rund 600 Jahre Geschichte von Stadt und Burg Friedberg, legt dabei aber seinen Schwerpunkt auf den Zeitabschnitt vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Ende des Alten Reiches im Jahre 1806, der Endphase der reichsunmittelbaren Existenz Friedbergs. Im Gegensatz zu älteren Perioden ist diese Zeit der Friedberger Geschichte von einem enormen Anwachsen der Schriftlichkeit geprägt, die sich vor allem im städtischen Archiv, aber auch im Staatsarchiv Darmstadt in einer reichhaltigen Überlieferung an Akten, Amtsbüchern und Chroniken dokumentiert. Insbesondere die von Christian Waas edierten Friedberger Chroniken stellen ein einzigartiges Quellenmaterial zeitgenössischer Äußerungen über die Vielfalt des Lebens in Friedberg seit dem Beginn des 17. Jahrhunderts dar. Besonders hilfreich waren auch die zahlreichen Aufsätze von Fritz Herrmann, dem früheren Herausgeber der Wetterauer Geschichtsblätter, der sich im Publikationsorgan des Friedberger Geschichtsvereins wie kein anderer mannigfaltigen Themen der Friedberger Geschichte angenommen und wertvolle Erschließungsarbeiten geleistet hat.

Die Geschichte von Burg und Stadt im Mittelalter sowie der Burg in der Frühen Neuzeit wurde in den letzten Jahren Gegenstand gründlicher wissenschaftlicher Untersuchungen, die Erforschung der Geschichte der Reichsstadt in der gleichen Epoche stand indessen noch aus. Diese Lücke soll nun im Rahmen einer neugefaßten Gesamtdarstellung der Stadtgeschichte geschlossen werden, die aus Anlaß der Hundertjahrfeier des Friedberger Geschichtsvereins im Jahre 1996 konzipiert wurde. Der erste Band der neuen Friedberger Stadtgeschichte ist mittlerweile erschienen, der zweite Teilband, in dem der hier überblickshaft vorgestellte Zeitabschnitt breit abgehandelt wird, steht Ende 1998 vor der Publikation. Der vorliegende Beitrag ist die etwas erweiterte und leicht überarbeitete Fassung eines Vortrags vor dem Oberhessischen Geschichtsverein im Rahmen einer Vortragsreihe über 'Gießen in der hessischen Städtelandschaft', die aus Anlaß des Stadtjubiläums Gießens durchgeführt wurde.

Zwei Konstanten prägten ganz besonders die Geschichte Friedbergs im 17. und 18. Jahrhundert: Zum einen Krieg und immer wieder Krieg mit all seinen direkten und indirekten Auswirkungen auf Land und Leute überall im Reich der Frühen Neuzeit, nicht nur in Friedberg. Keine Epoche zuvor wurde stärker vom Krieg gezeichnet. Beide Friedberger Gemeinwesen samt Bewohnern erfuhren in den zahlreichen Kriegen der Epoche immer wieder das gleiche Schicksal - fremde Militärbesatzung, enorme Abgabenlasten, Hunger, Seuchen und vielfachen Tod. Zum anderen prägte diese Zeit als zweite Konstante eine ortsspezifische Besonderheit, nämlich der permanente Dualismus von Stadt und Burg. Zwei reichsunmittelbare Gebilde standen im schier endlosen Widerstreit miteinander.

Diese beiden Konstanten bestimmten grundlegend Chancen und Grenzen der Entwicklung Friedbergs und beeinflussten markant alle politischen, sozialen wie wirtschaftlichen Regungen der Einwohner in beiden reichsunmittelbaren Gemeinwesen.

Als am 30. Oktober 1648 die Nachricht vom Friedensschluß in Burg und Stadt Friedberg eintraf, versammelten sich die Menschen spontan in den Kirchen, sprachen Dankgebete und sangen das Te Deum laudamus. Die überlebenden Einwohner waren nur mit Mühe der gewaltigen Bedrohung des 30jährigen Krieges entgangen, der weite Landstriche des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation verwüstete und Millionen Opfer forderte. Überall im Reichsgebiet, nicht nur in Friedberg, hatten die Menschen somit Anlaß, freudig aufzuatmen und zu danken.

Für die Stadt Friedberg erbrachte der Kriegsschluß gar ein besonderes Ergebnis. Wie alle anderen Reichsstädte erfuhr Friedberg mit dem Frieden zu Westfalen die volle reichsrechtliche Gleichstellung mit den übrigen Reichsständen. - Ein gewiß bizarr anmutender Vorgang, wenn am Ende eines sich auch auf Friedberg verheerend auswirkenden Krieges die rechtliche Aufwertung steht.

Die günstige Lage Friedbergs ließ die Bewohner von Burg und Stadt dann seit Ende 1620 zu permanent gedemütigten Opfern von vielfach wechselnden Militärbesetzungen werden. Spanier, Schweden, kaiserliche, zuletzt hessenkasselische Truppen quartierten sich rund 30 Jahre lang gewaltsam in Friedberg ein, preßten Geld und Naturalien aus den Einwohnern heraus, trugen Hunger, Pest, Zerstörung und Tod nach Friedberg. 30 Jahre Krieg zerrütteten die Lebensverhältnisse der meisten Friedberger aufs Ärgste. Schon 1626, in der Frühzeit der Okkupationen, schnitt sich Bürgermeister Volhard aus Verzweiflung über die Lage seiner Stadt die Kehle durch. Seine Amtsnachfolger hätten angesichts der enorm aufgehäuften Lasten am Kriegsende jedoch noch weit stärkeren Anlaß gehabt, jede Hoffnung auf irdische Besserung fahren zu lassen.

Aber Ende Oktober 1648 herrschte erst einmal Freude über den Friedensschluß. Die Ernüchterung kehrte schon nach wenigen Tagen ein, die Verzweiflung über die Schadensbilanz wurde noch vermehrt durch die Fortdauer eines kriegsähnlichen Zustandes. Die Besatzungstruppen blieben nämlich vor Ort, rückten erst Mitte 1650 nach Zahlung einer Entschädigung ab. Nun erst hielt der Frieden wirklich Einzug im schwer gezeichneten Friedberg. Anlaß genug für Burg und Stadt nach gemeinsamer Leiderfahrung am 11. Juli 1650 auch ein gemeinsames Dank- und Friedensfest zu begehen. Nach drei Jahrzehnten des gewaltsamen Eindringens von Kriegsvölkern nach Friedberg wollte man zu diesem Fest unter sich sein, riegelte daher alle Tore ab. Unter dem Läuten aller Glocken lobpreisten die Einwohner den ersehnten Frieden und dankten Gott in Gebeten und Liedern. Die von Burgpfarrer Götzenius und Stadtpfarrer Henrici verfaßten Friedenspredigten und Gesänge zeichnen erschreckend-anschauliche Bilder von der Not und dem Elend der Zeit, lassen das Leiden der Menschen deutlich erkennen.

Wie von Pfarrer Henrici jammernd beschrieben, wurden die im 13./14. Jahrhundert vor dem Mainzer und Fauerbacher Tor zur Tuchproduktion erbauten Vorstädte im Laufe des Krieges völlig zerstört. Aber auch der übrige Häuserbestand wurde noch um ein Drittel vermindert - durch Brände in der Usergasse und in der zur Burg gehörenden, im Westen gelegenen Vorstadt zum Garten sowie durch Schanzarbeiten nördlich des Mainzer Tores, aber auch vor der Burg. Die beiden genannten Stadttore im Süden und Osten mußten bei Belagerungen häufig die Hauptangriffswucht aushalten, erlitten schwere Schäden. In der seit 1578 mit einem Dach versehenen Stadtmauer steckten im Süden noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts Kanonenkugeln der Beschießungen aus den Zeiten des 30jährigen Krieges.

Die im Anschluß an die Stadt im Norden gelegene Burg nahm im Krieg hingegen kaum Schaden an ihrem Festungsring. Der steile Burghügel bot natürlichen Schutz, der jedem Angreifer den Weg zur Eroberung der Burg über die Stadt von Süden her wies. War aber erst die Stadt gefallen, dann halfen auch die vor der Burg errichteten Schanzen wenig - die Burg ergab sich und wurde öfters als Hauptquartier der Besatzer genutzt. Die meiste Zeit des Krieges befanden sich die Burgmannen im übrigen gar nicht in der Burg. Die adlige Burgführung, der Burggraf und die zwölf Regimentsburgmannen, zeigten noch am häufigsten Präsenz, gingen aber aus militärischer Ohnmacht Konflikten mit den Kriegsvölkern aus dem Weg. In Abwesenheit der Burgspitze verwalteten die wenigen Burgbeamten das Areal, führten auch Verhandlungen mit den Besatzern. Bei Bedarf holten sie sich Rat und Befugnisse bei den in der Nähe auf Landgütern sitzenden Niederadeligen aus den Familien von Carben, von Franckenstein, Löw zu Steinfurth, Rau von Holzhausen, usw., die über Jahrhunderte zur oligarchischen Führung der Burgmannschaft gehörten.

Von alters her gehörten der Friedberger Burgmannschaft per Erbrecht nur Söhne oder Schwiegersöhne von Burgmannen an. Während des langen Krieges bestand die Burgenossenschaft gerade noch aus 25 Adligen, besaß somit nur noch ein Viertel der Mitgliedsstärke des 15. Jahrhunderts - einer Blütezeit der Reichsbedeutung der Burg Friedberg. Beim Gemeinen Verbot im Jahre 1652, der ersten Generalversammlung aller Burgmannen nach dem Kriege, mußte dann mit 19 Adligen der niedrigste Mitgliedsstand der gesamten Burrgeschichte festgestellt werden. Erst nach 1750 erreichte die Burgmannschaft mit 80-100 Adligen dann wieder die alte Stärke, nun unter deutlich gewandeltem Vorzeichen. Sozialer Aufstieg aus der Unfreiheit in den Niederadel, Residenz- und Burghutpflicht waren längst keine Themen mehr. Jetzt zählte für die Burgmannen nur noch die prestigefördernde Zugehörigkeit zur exklusivsten Reichsadels-Korporation des Alten Reiches.

Vom 'großen Sterben' war aber die nichtadlige Bevölkerung ungleich stärker betroffen. Auf Grund mangelnder exakter Daten kann die Anzahl der während des 30jährigen Krieges umgekommenen Menschen nur ver-

mutet werden. Um 1600 schätzt man die Bevölkerung Deutschlands auf 15-18 Millionen; für das Jahr 1650 geht man nur noch von 10-12 Millionen aus. In manchen Regionen dürften rund 50% aller Bewohner dem Krieg zum Opfer gefallen sein, wobei die meisten Menschen nicht durch direkte Kriegsaktionen, sondern mittelbar an Seuchen und Hungersnöten verstarben.

In Friedberg lassen sich im Jahre 1618 rund 2300 Einwohner inklusive Juden errechnen. Aus dem Jahre 1632 ist ein zum Huldigungsakt der Stadt vor dem neugewählten Burggrafen angelegtes Namen- und Berufsverzeichnis der Bürgerschaft überliefert, nach dem sich nur noch „zwischen 1000 und 1100“ Einwohner feststellen lassen. Von der Judenschaft liegt ein Verzeichnis aus dem Jahre 1634 vor, das gerade noch rund die Hälfte des früheren Bevölkerungsstandes dokumentiert, nämlich ca. 50 Haushaltsvorstände. Somit dürfte die Friedberger Judengemeinde zu dieser Zeit wohl nur noch rund 250 Personen umfaßt haben. Nach dem städtischen Schatzungsregister von 1640 sind dann lediglich 93 Steuerzahler genannt, 1647 gar nur noch 70, was unter Weglassung der hierbei nicht aufgeführten Juden eine auf rund 500 Personen geschrumpfte Stadtbevölkerung bedeuten würde. Nach der verheerenden Pestwelle von 1635 und der folgenden Teuerungs- und Hungersnot sanken zudem die Geburten- bzw. Taufzahlen auf die Hälfte ab. Es ist somit unverkennbar, daß der lange Krieg in der Stadt Friedberg trotz der ohnehin schrecklichen Reichsverhältnisse besonders dramatische Bevölkerungsveränderungen bewirkte. - Erst am Ende des 18. Jahrhunderts erreichte man in der Stadt dann wieder den Bevölkerungsstand von 1618.

Der 30jährige Krieg beeinträchtigte auch die wirtschaftliche Situation der Stadt. Jedoch wurde im Krieg keineswegs ein blühendes Handels- und Gewerbeleben vernichtet - die Talfahrt der Stadtökonomie hatte bereits lange zuvor begonnen. Die Zeiten der wohlhabenden Handelsstadt waren schon seit dem Ende des 14. Jahrhunderts mit dem Niedergang der einst gewichtigen Tuchproduktion vorüber. Die zunehmende Unsicherheit der Handelswege in der Region sowie die Unterlegenheit der Messen Friedbergs gegenüber denen Frankfurts bildeten zudem verstärkende Faktoren des ökonomischen Bedeutungsverlustes. Die von Karl IV. 1349 vorgenommene Verpfändung der Reichsstadt an seinen Gegenspieler Günter von Schwarzburg und der schrittweise Aufkauf der an verschiedene Herrschaften weiterveräußerten Pfandschaft durch die Friedberger Burg trugen ebenfalls zum Niedergang der Stadt bei. Die Burg konnte lediglich den Anteil der Stadt Frankfurt, der die Hälfte der Pfandschaft ausmachte, nicht erwerben. Die Burg schwang sich 1482/83 mit dem Verherrungsrevers, der Huldigungsverschreibung sowie der neuen Ratsordnung quasi zur Herrin über die Reichsstadt auf. Kaiserliche Konfirmationen billigten diese im Reichsgefüge ungewöhnliche und, wie sich zeigte, konflikträchtige Machtkonstellation - denn eine reichsunmittelbare Gewalt dominierte eine andere, letztlich bis zum Ende des Alten Reiches!

Die faktische Unterwerfung der Stadt hat ihre Entwicklung gewiß beeinflußt, wohl auch hinsichtlich einer Wiederbelebung von Handel und Gewerbe gehemmt. Die Zeiten waren lange vergangen, in denen vor allem die Wollweber, auch die Leinweber und Lohgerber für den überörtlichen Absatz produzierten, zudem über rationelle Arbeitstechniken und ausgeprägte Verkaufsorganisationen verfügten. Gerade die Wollweber sanken bis zum 17. Jahrhundert in ihrer Bedeutung völlig ab. Auch die übrigen Zünfte der Stadt, so die Schuhmacher, Schneider, Schreiner, Metzger, Bäcker, Krämer, usw. produzierten fast ausschließlich für den heimischen Bedarf, allenfalls für die unmittelbare Umgebung. Darüber konnten auch die fortbestehenden Jahrmärkte nicht hinwegtäuschen.

Der Stadtrat hielt grundsätzlich auf alle Regungen des städtischen Lebens ein wachsames Auge, legte der Einwohnerschaft durch Ordnungen aller Art ein reglementierendes Korsett an, auch dem Gewerbe. Er regelte durch Verordnungen Zugang, Betätigung, Preise und Löhne, schützte die 'Nahrung', das heißt die Erwerbchancen der Meister vor auswärtiger, aber auch zunftübergreifender Binnenkonkurrenz. Der Rat stellte die Versorgung der Bevölkerung sicher, verhinderte Übervorteilungen der Konsumenten - garantierte kurzum ein abgeschottetes, zeittypisches System der Produktions- und Verbrauchslenkung. Als sich trotz Kontrolle 1619 Unregelmäßigkeiten in einigen Zunfthaushalten offenbarten, wurde jeder Zunft vom Vollen Rat (6 Adlige Sechser, 12 Schöffen = ältere Ratsherren, 12 Senatoren oder Ratsbürger = jüngere Ratsherren - sowie der Burggraf) ein Zunftherr an die Spitze gestellt. Diese Männer gehörten dem Schöffengericht, damit der städtischen Oberschicht an, die sich so eine weitere Pfründe erschloß und gleichzeitig die Stellung der Zünfte schwächte.

Der bedeutendste Chronist des frühen 17. Jahrhunderts, der Stadtarzt Dr. Jeremias Molther, beschrieb um 1615 den wirtschaftlichen Zustand seines Wohnortes: „Die Burgerschaft diesser Statt nähret sich mehrertheil der Feldgüter und Viehzucht, auch Handarbeiten; hat sonst keinen Gewerb oder Handel, welchen sie nach Frankfurt in die Messen schickte“. Diese ernüchternde Bilanz offenbarte u.a. den völligen Niedergang des einst wichtigen Handels der Stadt. Da die Ausübung eines einzigen Gewerbes in der Regel nicht zur Ernährungssicherung genügte, gingen die Handwerker meist noch einem zweiten Erwerb nach. Viele betrieben in der südlichen Stadtflur Ackerbau und Viehzucht, bauten Wein an oder bewirtschafteten gegen Pachtzins gar Felder und Wiesen in den Dörfern benachbarter Herrschaften. Wegen der recht schmalen Stadtgemarkung waren Agrarflächen begehrt. So nimmt es nicht wunder, daß an den Stellen der durch den 30jährigen Krieg zerstörten Häuser bis weit in die Nachkriegszeit Kraut- und Obstgärten angelegt und genutzt wurden.

Der Krieg griff also in einen bereits erkennbaren ökonomischen Niedergang der Stadt ein, verschärfte die Ernährungslage der Bewohner oft dramatisch. Im Krieg wurde die Ernte mehr als einmal von Soldaten schon auf

den Feldern gedroschen oder gar zertrampelt, der darbenen Bevölkerung auf jeden Fall entzogen. Auch wurde öfters das Vieh willkürlich beschlagnahmt oder gar gestohlen. Münzverschlechterungen und endlose Geldforderungen der Besatzer brachten manche Friedberger Familie an den Rand des Ruins. Entlastung bot auf makabre Weise die hohe Sterbequote. Sie konnte in Großfamilien die Nahrungssorgen mindern, die Lebenshaltung verbilligen, durch frühes Erben Vermögen und Grundbesitz umschichten, doch andererseits fehlten in wachsender Zahl Arbeitskräfte wie Warenkäufer - und die Forderungen der Soldaten nahmen nicht ab. Viele konnten angesichts der Kriegsdauer die Kontributionen nicht mehr mit Geld begleichen, mußten Hand- und Spanndienste verrichten.

In den wenigen Ruhephasen des Krieges lebte zwar immer wieder das Handwerk auf, wurden auch eifrig die Felder bestellt, doch meist mußten die erzielten Erträge bald wieder an Kriegsvölker abgeführt werden.

Das im Juli 1650 gemeinschaftlich gefeierte Dank- und Friedensfest erweckt den Eindruck, die Leiderfahrung des Krieges habe frühere Spannungen zwischen Burg und Stadt relativiert, ja gar beseitigt. Doch die gemeinsame Erleichterung über den Frieden war die eine Seite des Verhältnisses, das Fortbestehen eines erheblichen Konfliktpotentials gehörte zur anderen Seite. Die Kriegsergebnisse bewirkten zwar manchen Streitstillstand, aber von einer wirklichen Befriedung der Beziehung konnte keine Rede sein. Der Konflikt war so alt wie die beiden reichsunmittelbaren Gebilde selbst und währte letztlich bis zum Ende des Reiches im Jahre 1806.

Die Spannungen zwischen Burg und Stadt lagen wohl schon in ihrer Entstehungsabfolge als 'Zwillingspaar' begründet. Die militärisch wichtige Burg wurde wohl um 1170/80 zuerst angelegt, die zur ökonomischen Unterstützung bedeutsame und notwendige Stadt dann in deren Gefolge. Auch die räumliche Lage - die Burg auf dem geschützteren Teil des Friedberger Bergrückens im Norden, die Stadt auf dem abflachenden Hügel im Süden - spricht für die Rangfolge in den Augen der planmäßig vorgehenden staufischen Gründer. Die bis um das Jahr 1500 erfolgten Privilegierungen der Burg schufen das Fundament der rechtlichen und politischen Stellung der Burg in der Wetterau und im Reich. Die Rechtstitel König Rudolfs von Habsburg und der 1306 erlassene Söhnbrief König Albrechts halfen der Burg, ihren Fuß auch in das Finanz- und Wirtschaftsleben sowie vor allem in das Rechtsgefüge der Stadt zu setzen. Die bereits erwähnte Verpfändung der Stadt durch König Karl IV. trug zur weiteren Schwächung der ja auch ökonomisch niedergehenden Reichsstadt bei. Die am Ende des 15. Jahrhunderts die rechtlichen Möglichkeiten der Stadt entscheidend beschränkenden Vereinbarungen wurden schon aus eigener Machthoheit der Burg gesetzt. Immerhin fand die Burg Friedberg 1431 Aufnahme in die Reichsmatrikel, avancierte zum Reichsstand und stieg 1475 gar zur Landesherrin über das in der südöstlichen Wetterau gelegene Freigericht Kaichen auf. So standen die der Stadt 1482/83 auferlegten

Kontrakte am Ende einer stetigen Aufwärtsentwicklung der Burg bei gleichzeitigem Bedeutungsabstieg der verpfändeten Reichsstadt. Die erwähnten Rechtsakte zementierten so die an sich schon von Beginn an angelegten Stärkeverhältnisse.

Die sich um 1500 durch die Herausbildung von Reichsinstitutionen verfestigende Reichsverfassung wirkte sich indessen für die Stadt günstig aus. Der „Reichstag formte sich als fest umgrenztes Gremium aus - die Zugehörigkeit zu ihm wurde fixiert. Damit aber war die Reichsunmittelbarkeit der Stadt endgültig festgeschrieben“, wie Volker Press feststellt. Das Hineinwachsen in die Kreis- und Reichsorganisationen verhalf der Stadt zu Bedeutungsgewinn im Reich, wenn auch auf recht geringem Niveau. „Nach Finanzkraft und Rang stand Friedberg unter den 70 Reichsstädten des 16. Jahrhunderts erst an 65. Stelle - ein schwacher Abglanz großer Vergangenheit.“ Immerhin sicherte die Einbettung in das Verfassungssystem des Reiches das politisch-rechtliche Überleben der Stadt angesichts der bleibend dominierenden Stellung der Burg.

Innere und äußere Bedrohungsfaktoren brachten in der Mitte des 16. Jahrhunderts Kaiser und Ritterschaft in ein ganz besonders enges Verhältnis. In der sich mit Hilfe des Kaisers organisierenden Reichsritterschaft nahm die Burg Friedberg von Beginn an eine Führungsrolle im rheinischen Ritterkreis ein. Aus dem Verband der Reichsstände zog sich die Burg wegen der von den Rittern wenig geschätzten Dominanz der Fürsten zurück, verzichtete dann im 17. Jahrhundert, im Gegensatz zur Stadt, völlig auf die Teilnahme am Reichstag, ließ sich auch nicht in die Kreisorganisationen einbinden. Hingegen brachte der Stadt die Zugehörigkeit zum Oberrheinischen Reichskreis - einer im frühen 16. Jahrhundert entstandenen Assoziation von Reichsständen des Raumes zur Landfriedenswahrung und Umsetzung von Reichstagsabschieden - neben mitunter schmerzlichen Beiträgen und Militärlasten doch auch die Möglichkeit einer bescheidenen Emanzipation von den Einflüssen der Burg.

Im künftigen 2. Teilband der neuen Friedberger Stadtgeschichte habe ich die Auseinandersetzungen zwischen Stadt und Burg von 1570 bis 1802/06 ausführlich ausgebreitet. An dieser Stelle können und sollen aber nur einige besonders markante Konfliktetappen Erwähnung finden. Die Stadt tritt in der gesamten Zeit gegen die Vorherrschaft der Burg, intervenierte beim Kaiser, fand hier und da Unterstützung bei Reichsständen, wie der Reichsstadt Frankfurt und der Landgrafschaft Hessen-Darmstadt - so in den Jahren 1653-56 oder um 1710, bemühte ungezählte Male die beiden Reichsgerichte, das Reichskammergericht zu Speyer, dann zu Wetzlar sowie den am Ort der Kaiserresidenz sitzenden Reichshofrat - aber man unterlag juristisch und politisch fast permanent. Von seiten des Kaisers und des Reichshofrates war die Reichsamtmannschaft des Burggrafen, seine Funktion als oberster Richter und Stadtherr in Vertretung des Reichsoberhauptes mit allen damit verbundenen Rechten unbestritten. Diese Rechtseinschätzung

war jedem Huldigungsakt der Bürgerschaft vor dem neugewählten Burggrafen sowie allen nachfolgenden kaiserlichen Konfirmationen zu entnehmen. Auch die 1571 bei einem Streitvergleich durch kaiserliche Kommissare neufestgelegte Beschlußformel für Ratsentscheide 'Erkennen wir Burggraf, Bürgermeister und der Rath' dokumentiert die Bedeutung der Burg und vor allem die Stellung des Burggrafen im Rahmen der Stadtverfassung sehr augenfällig. Nicht zuletzt partizipierte die Burg als 'Vornehmster Teil des Vollen Rates' auch an der Reichsstandschaft der Stadt - ein weiteres reichsrechtliches Kuriosum!

Als die Reichsstadt z.B. 1654 ohne Abstimmung mit der Burg sich von der Stadt Frankfurt beim Regenburger Reichstag vertreten ließ, erwirkte die Burg die Streichung der Stadt Friedberg aus dem Reichstagsabschied - ein demütigender Akt für die Stadtväter und deutlicher Ausdruck ihrer Unterlegenheit im Verhältnis zur Burg.

Und dennoch suchte die Stadt bis in die hessische Zeit die Rechte der Burg zurückzudrängen. Dies äußerte sich auch in anderen Konfliktfeldern, die den genannten Fundamentalrechten der Burg nachgeordnet waren. Da stritt man sich um das Recht der Besetzung des Stadtschreibers, eines exponierten städtischen Verwaltungsbeamten, den die Stadt seit 1594 ohne Absprache mit den Adligen Sechsern bestellte. 1599 besetzte die Stadt auch das Amt des Stadtpfarrers allein - zum erstenmal seit dem Erwerb des Präsentationsrechtes im Jahre 1560. Seit vorreformatorischer Zeit lag das Recht zur Pfarrerbestellung beim Kloster Rupertsberg bei Bingen, danach nahmen Stadt und Burg die Pfarrerbesetzung gemeinschaftlich wahr, gaben sich auch 1569 noch eine gemeinsame Kirchenordnung. Diese beiden wichtigen Stadtämter blieben sogar bis über das Ende der reichsfreien Existenz der Stadt hinaus umstritten - noch 1805 war der Rechtsstreit beim Reichskammergericht anhängig. Er wurde dort von den beteiligten Friedberger Prozeßparteien auf Sparflamme betrieben, bei nahezu jeder Amtseinsetzung eines neuen Burggrafen etwas aktiviert, doch keine Seite zeigte sich geneigt oder in der Lage, diesen Streit mit Nachdruck zu Ende zu bringen.

An den durch Privileg König Rudolfs 1275 festgelegten Abgabepflichten und -vorrechten der Friedberger Judenschaft, generell aber an den von Königen und Kaisern wiederholt bestätigten Rechten der Burg über die in der Judengasse ansässige Judengemeinde entzündete sich im Grunde seit 1275 ebenfalls beharrlicher, ab dem 16. Jahrhundert auch vor den Reichsgerichten ausgetragener Streit, auf den an dieser Stelle aber nicht näher eingegangen werden soll.

Viele andere Streitfälle können hier ebenfalls nicht thematisiert werden. So z.B. die Frage der Handlungsunfähigkeit des Vollen Rates bei Fernbleiben des Burgadels, was sich vor allem bei der jeweils am 29. Dezember vorgenommenen Bestellung der städtischen Jahresämter - Bürgermeister, Rentmeister, usw. - bzw. der Neubürgeraufnahme auswirkte. Auch der Perma-

nenntstreit über die Rechte und Pflichten des Stadtschultheißen, des bevollmächtigten Vertreters des Burggrafen im Schöffengericht, soll hier nicht näher erörtert werden.

Grundsätzlich ist aber festzuhalten: Die Dominanz der Burg und die Vorrangstellung des Burggrafen als faktischer Stadtherr regte meist nicht von sich aus Konflikte an, oft wirkten Persönlichkeit und Handlungsweisen des Burggrafen katalysierend auf das Ausbrechen konkreter Spannungen zwischen Burg und Stadt. So wurde dem seit 1577 amtierenden Burggrafen Johann Eberhard von Cronberg in einer im Auftrag der Stadt 1610 publizierten Streitschrift zur Betonung der städtischen Rechtspositionen unterstellt, er habe die Stadt dem Kaiser heimlich entziehen und mediatisieren wollen. Dieser 'Gründliche Bericht' von Goeddäus war aber nur eine von mehreren Streitetappen, die während der immerhin 40jährigen Amtszeit des Burggrafen von Cronberg von 1577 bis 1617 das beiderseitige Verhältnis stark belasteten und an deren Zustandekommen und Entwicklung das Burgoberhaupt maßgeblich Anteil hatte.

Aber auch unter den Nachfolgern Cronbergs gab es ein Auf und Ab in den Beziehungen zur Stadt, die erkennbar von der Art und Weise abhingen, mit der der Burggraf und die Burgführung Herrschaftsrechte über die Stadt zum Ausdruck brachten.

Einige Vorfälle dokumentieren durchaus exemplarisch, welchen Umgang der Burgadel mit den Ratsherren und Bürgern pflegte. So beleidigte im Mai 1656 der Knecht des Unterburggrafen Schelm von Bergen den älteren Bürgermeister des Vorjahres, Johann Helwig May, vor aller Ohren an der Wache. May bat die amtierenden Bürgermeister daraufhin, den Reitknecht zur Rede zu stellen. Dieses an den Junker Schelm weitergetragene Ansinnen wurde mit heftigen Beschimpfungen seitens des Adligen beantwortet. Dessen Knecht gar stieß hervor „der Burgermeister sollte ihn im Ars lecken“. Die Beauftragten der Stadt mußten mit dieser wenig schmeichelhaften Botschaft erfolglos wieder abrücken. Ungefähr zur gleichen Zeit drangen Milizionäre aus dem Burgterritorium auf Stadtgebiet vor und befreiten gewaltsam einen wegen Betrug Inhaftierten, der am User Tor in einer Art vergittertem Pranger einsaß und mit dem Burggrafen auf gutem Fuße stand. Provokativ triumphierend kehrte die Miliz in die Burg zurück.

Im Februar 1660 gar scheute sich die Burgführung nicht, vor den Augen eines kaiserlichen Kommissars gegen die Bürger vorzugehen. Die kleineren Reichsglieder, eigentlich loyal gegenüber der Majestät in Wien, standen in dieser Zeit noch immer in Distanz zum Kaiser, von dem sie sich im 30jährigen Krieg im Stich gelassen fühlten. Erklärtes Ziel des seit 1658 amtierenden Leopold I. war es aber, die Bindungen zu den kleineren Reichsgliedern wieder zu stärken. Zu diesem Zweck startete er propagandistische Aktionen, die Kaisernähe vermitteln sollten - so z.B. die planmäßige Durchführung von Huldigungsakten, die die Bürger der Reichsstädte vor hochrangigen kaiserlichen Gesandten vollzogen. Nach Friedberg

kam übrigens Reichskammergerichtspräsident Graf Leiningen, der vom Stadtrat mit den größten Ehren empfangen und umsorgt wurde - nebenbei bemerkt fielen bei diesem wie allen folgenden Huldigungsakten für den Kaiser enorme Repräsentationskosten an, die die Chronisten schier zum Stöhnen brachten.

Die Burgführung stand zu dieser Zeit dem Kaiser indes nicht nur distanziert gegenüber, sondern befand sich ganz offen im Lager des mächtigen Mainzer Kurfürsten von Schönborn, einem gewichtigen Kaisergegner und Allianzpartner des französischen Königs Ludwig XIV.

Die Burgmannen beäugten nun das Huldigungsspektakel mißtrauisch, da sich der Kaiser mit dieser erstmals durchgeführten Aktion, selbst wenn er als Stadtherr das Recht besaß, doch eben in die faktischen und von den Kaisern ja auch immer bestätigten Herrschaftsrechte der Burg einmischte. Die Stadt nutzte ihrerseits die Gelegenheit zu besonders ausdrucksvollen Ehrbezeugungen gegenüber dem Kaisergesandten. Dies veranlaßte dann die Burgadligen beim Wegzug Graf Leiningens, dem man Ehrgeleit zu geben hatte, mit ihren Pferden rücksichtslos hart an und in die erschreckt auseinanderstiebende Menge zu reiten. Dieser unfreundliche, gewalttätige Akt blieb schließlich auch in Wien nicht verborgen und zog zusätzliche Verstimmungen nach sich.

Die hier nur kurz erwähnten Zwischenfälle waren nicht allein nur Wort- und Tat-Ausrutscher rauhbeiniger Landadliger und ihres Gefolges. Abkanzelnungen und Übergriffe der geschilderten Art geschahen durchaus im tiefverwurzelten Bewußtsein der dominanten Position der Burg über die Stadt und ihre Bürger. Über solche Vorgänge und grundsätzlich über die großen Streitfragen beschäftigten Burg und Stadt Advokaten, zum Teil direkt an den Reichsgerichten, die immer wieder opulente Streitschriften produzierten. Wie z.B. hier für die Burg im Jahre 1660 als 'Gegenbericht' auf ein umfangreiches Traktat der Stadt. Mit wachsender Zahl wurden diese Streitschriften dann im 18. Jahrhundert verfaßt, standen für eine sich mehr und mehr verrechtlichende, an die Gerichte verlagernde Streitkultur, weg vom unmittelbaren und persönlichen Konfliktgeschehen vor Ort. Streitpotential war und blieb in Friedberg vorhanden - und es verursachte Stadt und Burg bis zum Ende ihrer freien Existenz gewaltige Kosten, die die Verhältnisse auf beiden Seiten an sich überforderten, aber aus Rechthaberei und auch aus Prestige Gründen irgendwie aufgebracht wurden.

Die um 1660 in den Reichsstädten durchgeführten Huldigungsakte bedeuteten im übrigen den erfolgreichen Auftakt zur neuen Stärkung von Ansehen und Macht des Kaisers. Der seit dem Westfälischen Frieden als Garantmacht agierende König von Frankreich, an den sich ja eine Weile auch der Kurfürst von Mainz mitsamt der Burg Friedberg band, diskreditierte seine Politik hingegen in den Folgejahren, avancierte gar zum Reichsfeind. So befand sich u.a. auch die Wetterau seit Mitte 1672 wieder im Kriegszustand. Die Chronisten vermerkten wiederholte Truppeneinzüge, Einquar-

tierungen und Abgabenbelastungen für die Bevölkerung. Im Sommer 1673 setzten sich mehrere Tausend Franzosen um Friedberg fest, fielen auch in Stadt und Burg ein und verübten dort seit dem 30jährigen Krieg nicht mehr erlebte Gewaltexzesse. Die Franzosen konnten nach einiger Zeit wieder vertrieben werden, hinterließen aber verbrannte Erde.

Beide Gemeinwesen und ihre Bewohner erfuhren im übrigen in diesem und allen folgenden Kriegen des 17. und 18. Jahrhunderts immer wieder das gleiche Schicksal - Einquartierung oder gar Besatzung, drückende Abgabenlasten, Hunger, Seuchen, Elend und Not. Nie standen sich Burg und Stadt Friedberg deshalb zwischen 1620 und 1806 so nah wie im gemeinsamen Erleiden kriegsbedingter Gewalt!

Unter dem Eindruck des bis 1679 dauernden Reichskrieges mit den Franzosen schwenkten Kurmainz und der wetterauische Reichsadel wieder in das Kaiserlager ein. Der gemeinsame Feind und die erstarkte Stellung des Habsburgers Leopold machte es schließlich auch der Burg leichter als noch um 1660, den Kaiser wieder als den Schutzpatron ihrer Freiheiten zu verstehen. Bis zum Ende des Reiches stand der Kaiser dann dem Reichsadel immer näher als den meist abgewirtschafteten und verschuldeten Reichsstädten, knüpften doch die vielfältigen Dienste des ritterschaftlichen Adels an allen Fürstenhöfen ein dichtes Netz auch für den Habsburger nützlicher Beziehungen. Vor diesem Hintergrund konnten die Friedberger Burgmannen ihre Positionen in Wien - direkt oder über ihren Agenten - immer wirkungsvoller durchsetzen als die Stadt.

Der Huldigungsakt für den Kaiser im Jahre 1660 änderte im langfristigen Ergebnis somit nichts Grundlegendes im Verhältnis zwischen Burg und Stadt, denn entscheidend blieb die Huldigungspflicht vor jedem neugewählten Burggrafen. Diese Vorgänge holten die Stadt letztlich immer in die Wirklichkeit ihrer bemerkenswerten Rechtslage zurück. Im Kaiser besaß man den gleichen De-Jure-Stadtherrn wie alle anderen Reichsstädte. Im ortsansässigen, ebenfalls reichsunmittelbaren Burggrafen aber verkörperte sich der faktische Stadtherr direkter, persönlicher und zwingender als im fernen Reichsoberhaupt. Mit diesem Quasi-Stadtherrn mußte man sich tagein, tagaus arrangieren - und die Möglichkeiten der selbständigen Gestaltung blieben zwangsläufig gering.

Kaiser und Reich - in reichsunmittelbaren Gebilden ohnehin tiefer verwurzelt als in den Territorien - erfuhren auch in Friedberg nach dem 30jährigen Krieg wieder eine verstärkte Form der Verehrung und der Anteilnahme, selbst wenn längst kein Reichsoberhaupt mehr Friedberg besuchte. Der letzte König, der nach einem Dutzend Vorgänger kurz in Friedberg weilte, war 1442 der noch junge Friedrich III. Nach Friedrichs Visite versank gerade die Stadt in Bedeutungslosigkeit, bot keinen Anreiz mehr für Besuche der Majestät, während sich die Burgmannen wiederholt in direkten, persönlichen Kontakt zum Kaiser in Frankfurt, Prag und Wien brachten.

Kaisertreue und Reichsverbundenheit dokumentierten sich in Burg und Stadt bei vielen Gelegenheiten, so bei allen zentralen Ereignissen, die das Reichsoberhaupt und dessen Familie betrafen, sei es Wahl, Krönung, Geburt oder Heirat.

Boten die dazu abgehaltenen Feste den Einwohnern willkommene Möglichkeiten dem Alltag zu entfliehen, so führten Trauerfälle in der Kaiserfamilie zu erheblichen Beschränkungen des täglichen Lebens. Starb das Reichsoberhaupt, wie Ferdinand III. 1657, standen die Friedberger, wie alle Reichsuntertanen, wochenlang im Zeichen der Trauer. Die Stadtchronisten berichten von etlichen Maßregeln, die analog auch in der Burg galten. So ließ der Rat die betrübliche Nachricht von der Kanzel verkünden und ordnete eine Reihe von Maßnahmen für eine geziemende Trauerzeit an. So erging u.a. ein Wochen dauerndes Verbot von Lustbarkeiten, vor allem das Tanzen und Musizieren in Wirtschaften und bei Hochzeiten wurde untersagt. Alle Amtspersonen und Diener der Stadt mußten auf Weisung des Rates Trauerkleidung anlegen, auch ließ man Kanzel, Altar, Taufstein, Lettner und Orgel in der Liebfrauenkirche schwarz verhängen und hielt die Bürgerschaft zu Fürbitten für die verstorbene und die neue Majestät an. In der vierwöchigen Trauerzeit für Kaiser Franz I. im Jahre 1765 mußten die in Wehrrotten eingeteilten Bürger, die Bürgermiliz, gar der Reihe nach jeden Tag eine Stunde lang die Glocken zum Gedenken an den Verblichenen läuten.

In den erwähnten Feierlichkeiten manifestierte sich die unmittelbare Beziehung der Friedberger zum Kaiser. In den Jubiläumsfeiern für herausragende Geschichtsereignisse akzentuierte sich die Zugehörigkeit zum Heiligen Römischen Reich sowie der konfessionelle Standort von Burg und Stadt. So beging man in Friedberg wie anderswo in protestantischen Landen 1655 festlich die Hundertjahrfeier für den Augsburger Religionsfrieden. 1755 dann bejubelte man in der Rückschau von 200 Jahren das gleiche zentrale Ereignis in Burg und Stadt. Luthers 'Thesenanschlag' von 1517 bot im Jahre 1717 Anlaß für ein Gedenk- und Jubelfest und die Confessio Augustana des Jahres 1530 erfuhr 1730 gar in einer dreitägigen Dank- und Freudenfeier gebührende Erinnerung.

Aber nicht nur an diesen Gedenktagen sahen sich die zumeist kleinräumig agierenden Friedberger in ein größeres Ganzes eingebunden. Brachen nach 1650 irgendwo Kriege aus, ohne selbst direkt bis in die Wetterau hineingetragen zu werden, nahmen die Friedberger dennoch daran Anteil. Die Aktivierung der Reichskreise nach dem Westfälischen Frieden zog nämlich eine verstärkte Armierung nach sich, an der sich auch die Stadt als Mitglied des Oberrheinischen Kreises beteiligen mußte, so endgültig seit der 1681 verabschiedeten Reichskriegsverfassung mit einem Quantum von meist 18 Soldaten, die auf Kosten der Stadt geworben, ausgebildet und letztlich auch im Felde unterhalten werden mußten - die Chroniken und Akten der Stadt sind im Prinzip bis in die Hessen-Zeit voll von Klagen angesichts der enormen Probleme der Stadt, den Kreispflichten zu genügen.

Die Burg und mit ihr die Rheinische Ritterschaft löste den ursprünglich persönlichen Einsatz für den Kaiser im 17. und 18. Jahrhundert durch Geldleistungen ab. Diese, wegen der Sonderstellung der Reichsritter anfänglich freiwilligen Zahlungen, ausgehandelt mit kaiserlichen Kommissaren, nahmen durch Häufung den Charakter einer regelmäßigen Kriegssteuer der Ritterschaft parallel zu den Anschlägen des Reichstages an. Die Niederadligen aber wälzten ihre 'Reichspflichten' auf Untertanen ab, so die Burgmannen auf die Bewohner des Freigerichtes. Die Bürger Friedbergs hingegen spürten in ihren kostenträchtigen, nichtabwälzbaren Verpflichtungen ihre Reichszugehörigkeit besonders eindringlich.

So wie die Friedberger an zum Teil fernen Gefechten Anteil nehmen mußten, ließen sie im übrigen auch keine Gelegenheit aus, die Beendigung von Kriegen oder selbst nur die Abwendung von Kriegsgefahren, überschwinglich zu feiern, gleichgültig ob die Wetterau oder das Reich davon direkt betroffen waren oder nicht. Gefeierte wurde in Burg und Stadt im übrigen meist getrennt, gemeinsame begangene Festlichkeiten waren bis 1802 die Ausnahme - auch ein Indiz für die Distanz zwischen beiden Gemeinwesen.

Die Dank- und Freudenfeste nach Kriegen standen im übrigen ganz besonders im Zeichen verordneter wie praktizierter Frömmigkeit. Kriege und die sie begleitenden Seuchen und Hungerzeiten wurden allerorten als von Gott geschickte Geißeln zur Ahndung der von den Menschen begangenen Sünden begriffen. Überzog Kriegsgefahr oder gar Krieg das Land, hielten Obrigkeit und Geistliche die Einwohner von Stadt und Burg zu Buß- und Bettagen an, um die himmlische Macht durch besonders demütiges Verhalten wieder gnädig zu stimmen. Die Bevölkerung strömte in Massen zum Gebet in die Kirchen oder wurde, wie 1683 angesichts der Türken vor Wien, zum Innehalten veranlaßt bei Einschränkung von Lustbarkeiten. Der dabei zu Tage tretende Mechanismus transferierte Schuld am Krieg auf die Ebene der Untertanen, lenkte ab von dem Bereich der eigentlich Verantwortlichen, der Mächtigen und Regierenden. Die noch fern der Aufklärung stehende und in strenge Kirchenzucht eingebundene Bevölkerung gab sich den Frömmigkeitsauflagen ihrer geistlichen und weltlichen Herren ergeben hin. Die Dank- und Freudenfeste in Friedberg, besonders nach bitteren Kriegszeiten, wie in den Jahren 1650, 1679 und 1763, standen daher deutlich im Zeichen der besonders innigen Lobpreisung Gottes. Der aufgestaute Druck erlebter Entbehrungen und Demütigungen entlud sich aber auch in einem meist mehrtägigen Taumel unbändiger Lebensfreude.

Kam der Kaiser auch nicht mehr persönlich nach Friedberg, so empfing man seine Gesandten mit allen Ehren zum Huldigungsakt. Auch Graf Hohenlohe, neuer Leiter des von der Stadt bevorzugt angerufenen Reichskammergerichts, wurde 1722 auf dem Weg nach Wetzlar mit größtem Respekt willkommengewünscht und im Gasthaus 'Zum Schwanen' aufs Beste um-

sorgt. Der Kammerrichter erfuhr eine ebenso würdevolle Behandlung wie der 1702 zweimal im 'Wolf', einer weiteren Nobelherberge des frühneuzeitlichen Friedbergs, absteigende Kurfürst von der Pfalz, von dessen Aufenthalt der Chronist vermerkt: "Und haben so wol im Hinauf- als Heimreisen alles zahlt, was sie verzehret", auch wurden den Bürgern, die mit Gewehr Spalier standen und den Ehrenwein überreichten, einige Reichstaler geschenkt.

Geldpräsente für die Bürger und Kostenbegleichung aber blieben die Ausnahme. In der Regel verursachten die zahlreichen Besuche und Durchreisen des Hochadels den Friedbergern Unkosten und bedeuteten zeitweisen Stillstand der gewerblichen Arbeit für die vom Rat zum Ehrenspalier aufgeforderten Bürger. Aber die Spektakel von einkehrenden Fürsten und Monarchen samt prächtigem Gefolge lenkten vom eintönigen Alltag ab, ließen einen Hauch der Glanz- und Prunkentfaltung des Reiches und der Reichsfürsten 'Von Gottes Gnaden' auch kurzzeitig nach Friedberg wehen, boten den sensationsentwöhnten Menschen unvergleichliche Anblicke von den Mächtigen der Zeit und gaben ihnen Gesprächsstoff für Jahre, vielleicht fürs Leben.

Der bedeutendste und mächtigste Gast Friedbergs im 18. Jahrhundert war im übrigen Georg II., König von Großbritannien und Kurfürst von Hannover, der 1743 zweimal in kurzer Zeit im 'Schwanen' logierte und sich gnädig-majestätisch der begeisterten Menge zeigte.

Von den Höhen der Freudenfeiern wie der spektakulären Erlebnisse führte der Weg meist rasch wieder in die Niederungen des harten Alltags - über den die Chronisten bis 1802/06 durchgängig klagend berichten. Die Reichsstadt lag bleibend am Boden, Handel und Gewerbe erholten sich in den meist kurzen Zwischenkriegsperioden nicht vom Hauptdesaster, dem 30jährigen Krieg, wurden durch neue Kriegsbelastungen fortan immer wieder gedrückt. Dies erwies sich u.a. im Zuge der Stadtkirchenreparatur um 1670, das stellte auch die kaiserliche Kommission 1683 fest, die Friedberg als einen möglichen Standort für das Reichskammergericht visitierte, aber angesichts des schlechten Allgemeinzustandes unberücksichtigt ließ. Das Rennen um den Sitz des höchsten Reichsgerichtes machte dann Wetzlar. Hier verpaßte Friedberg wohl eine einzigartige historische Chance zur Rückgewinnung von Ansehen und Wohlstand.

Die notwendige Reparatur der kriegsgeschädigten Stadtkirche erhellt um 1670 exemplarisch die wirtschaftliche Notlage der Stadt. Das Geld mußte zum einen durch Spendenaufrufe bis aus der 'Reichs-Schwesterstadt' Regensburg beschafft werden, zum anderen kamen die für die Reparatur wichtigsten Handwerker, wie z.B. Steindecker, aber auch Maurer und Orgelbauer, von außerhalb. Ebenso mußten auswärtige Händler in Ermangelung einheimischer zur Beschaffung der benötigten Baumaterialien, wie Schiefersteine, Bauholz, Blei, ja selbst Baunägel in ausreichender Zahl, bemüht werden.

Die eingesetzten Handwerker Friedbergs, wie z.B. Schlosser, Schreiner, Zimmerleute, standen erkennbar im Schatten Auswärtiger, verrichteten die eher nachgeordneten Arbeiten und bezogen auch die geringeren Einkünfte. Das Spendengeld für die Kirchenreparatur wurde von den Auswärtigen in der Mehrzahl weggetragen, kam kaum in den städtischen Verkehr. Einzig die Nahrungsversorgung der Stadtbevölkerung scheint infolge des emsig betriebenen Ackerbaus samt Viehzucht während der hier thematisierten Epoche einigermaßen funktioniert zu haben, zumindest in den Zwischenkriegsperioden- nebenbei bemerkt: auch in anderen, vergleichbaren frühneuzeitlichen Städten bildeten Ackerbau und Viehzucht im übrigen durchaus gewichtige Wirtschaftszweige. Aber das zweite Standbein der reichsstädtischen Einwohner Friedbergs, das Gewerbe und mehr noch der Handel, blieb dauerhaft verkümmert.

Etwas belebend, vor allem als Maßnahme der Arbeitsbeschaffung für das heimische Gewerbe, für die meisten der 12 örtlichen Zünfte, wirkte die seit Ausbruch der Kriege mit den Türken und den Franzosen betriebene Ausrüstung und Unterhaltung des Friedberger Kreiskontingents. Da stellten die Sockenstricker Strümpfe her, die im 17. und 18. Jahrhundert mit großem Abstand stärkste Zunft Friedbergs, die Schuhmacher, fertigte Stiefel, die Schneider Hemden, Hosen und Röcke, den Stoff dazu lieferten die Weber ebenso wie für die Zeltbahnen. Bald stiegen die Preise der Produkte erkennbar, denn der Krieg, sofern er fern war und blieb, stimulierte die Nachfrage. Doch letztlich arbeiteten alle Handwerker auf Kosten der Stadtkasse - das Geld blieb vor allem im städtischen Kreislauf. Nach außen hingegen flossen Mittel zum Erwerb von Arbeitsmaterialien, für die Wafenausrüstung sowie für die Solde der Soldaten. Was man als Arbeitslöhne aus der Stadtkasse zahlen mußte, holten sich die Stadtoberen dann durch direkte und indirekte Steuern wieder herein, um die enormen Kosten für das Kontingent, aber auch für den aufgeblähten Verwaltungsapparat aufbringen zu können. Diese beiden Etatposten verschlangen durchgängig weit mehr als die Hälfte der städtischen Ausgaben. Und wenn der Krieg nach Friedberg kam, schmolzen erwirtschaftete Erträge ganz rasch wieder zusammen.

Hier als kleiner Einschub zu den Schuhmachern und den Zünften: In der Mitte des 18. Jahrhunderts lassen sich z.B. rund 80 Schuhmacher-Meister feststellen, die mit Angehörigen, Gesellen und Lehrjungen wohl mehr als ein Viertel der Einwohnerschaft ausmachten. Das bevorzugt ausgeübte Schuhmacherhandwerk erforderte im übrigen nur geringe Qualifikations- und Kapitalvoraussetzungen. Die Arbeit war einfach zu erlernen, auch benötigte man nur wenig, meist preiswertes Werkzeug. Die Produktion fand kleinbetrieblich statt, mehr als drei Arbeitsstühle standen wohl in keiner Werkstatt. Angesichts der Vielzahl der Schuster innerhalb der Stadtbevölkerung sowie des durch die Zunftordnungen unterbundenen Wettbewerbs dürften die Schuhmacher ihre 'Nahrung' nur auf einem bescheidenen Niveau gesichert

haben. Den anderen Zünften ging es nicht anders - die Lebens- und Erwerbsverhältnisse in Friedberg blieben über die gesamte frühe Neuzeit traditionell und von Schlichtheit geprägt. Im übrigen ist von frühindustriellen Fertigungsstätten, typischen Zeiterscheinungen und Neuerungen in anderen Städten, in Friedberg mit einer einzigen Ausnahme während des Siebenjährigen Krieges nichts zu hören. Es handelte sich dabei um die Zeugfabrik der Brüder Schazmann in der Burgvorstadt zum Garten, in der Montur für die damalige französische Besatzung gefärbt, vielleicht auch hergestellt wurde. Im Zuge der Färbevorgänge gab es zudem einen frühindustriellen Umweltskandal - die Verunreinigung der Usa, damit der Viehtränke mit 'giftigen Farbmaterialein'. Man gestattete daraufhin den in Burg und Stadt gleichermaßen bedeutsamen Schazmännern die Entsorgung nur noch in sickerdichten Gruben, praktizierte somit auf diese Weise frühneuzeitlichen Umweltschutz!

Die Zeugfabrik brannte übrigens 1760 ab, Näheres über den Betrieb wissen wir nicht. Die Schazmänner haben später am gleichen Ort noch weitere Fabrikationen durchgeführt, so mit Tabak, dann mit Barchent - die Erfolge blieben aber offenbar bescheiden.

Zum Auf und Ab der Beziehungen zwischen Burg und Stadt muß nun noch einmal auf Vorgänge der Jahre 1702-1710 zurückgeblendet werden. 1702 beschloß der Magistrat (die älteren Ratsherren, die Schöffen) eine neue Ratsordnung, mit der vor allem eine Reform der indirekten Besteuerung zur Verbesserung der Stadtrente einhergehen sollte. Mehreinkünfte waren bitter nötig, doch die Steuerreform hätte vor allem die Masse der Bürgerschaft getroffen. Hiergegen aber machten die jüngeren Räte und die Zünfte Front; die Schöffen suchten daraufhin die Hilfe des Burggrafen, der für die Burg durch erhöhte Verbrauchssteuern mehr Einkünfte erzielt hätte. Trotz des bemerkenswerten Kooperationsversuches beider Obrigkeiten konnte die neue Ratsordnung an der städtischen Basis jedoch nicht durchgesetzt werden. Um weitere Konflikte mit der Bürgerschaft zu vermeiden, legte der Magistrat die Ratsordnung einfach auf Eis.

Als Burggraf Adolph Johann Carl von Bettendorff, der erste katholische Burggraf seit der Reformation, Ende 1705 starb, nutzten einige Ratsmitglieder die Gelegenheit der Vakanz, um die Hauptfessel an die Burg - die Pfandschaft - durch Abzahlung endgültig loszuwerden. Woher die benötigten 5000 Gulden stammten, blieb dabei im Dunkeln, vor allem auch, weil das Geld gar nicht gebraucht wurde. Die Burg lehnte das Ansinnen auf Pfandschaftsablösung nämlich als indiskutabel ab. Und der Kaiser in Wien stellte sich unzweifelhaft hinter die Burg, rügte den Rat sehr scharf und erklärte die Pfandschaft zum Rechtstitel des Kaisers, der unablösbar an den Burggrafen delegiert sei. Trotz der klaren Haltung des Kaisers suchte die Stadt mit Hilfe von Juristen und der Reichsstadt Frankfurt, mit der es wegen der Pfandschaft trotz z.T. erheblicher Zahlungsrückstände nie Konflikte gab, sich der Verpfändung an die Burg zu entledigen. Nebenbei munitionierte man auch

gegen den Burggrafen Johann Löw von und zu Steinfurt, dessen Amtszeit von 1706 bis 1710 von einer Reihe von Streitigkeiten überschattet war, aber welch ein Wunder angesichts des Vorhabens der Stadt. Alles Bemühen aber erwies sich als vergebens. Der Stadt gelang es nicht, die das beidseitige Verhältnis entscheidend prägende Rechtsverschreibung loszuwerden. Man blieb rechtlich mit der Burg verklammert - und nach diesem letzten Aufbäumen gegen das Unabänderliche, nach diesem erneuten juristisch-politischen Fiasko wurde dieses Thema bis zum Ende der freien Existenz der Stadt ad acta gelegt. Resigniert das Fazit des Chronisten, eines hohen Magistratsmitglieds: „Also hat man gesehen, was die Stadt mit ihren Sachen ausgerichtet hat! Und hette man billiger gethan, man hette es fein beim Alten lassen sollen, zumal bei diesen traurigen und beschwerlichen Kriegszeiten,... die so viele Geldmittel verschlingen...“

In der Folgezeit flachte die örtliche Konfliktbereitschaft markant ab, wich gerade seitens der Stadt einem pragmatischen Miteinander - Streitigkeiten verlagerte man auf die Gerichtsebene. Ansonsten erwiesen Räte und Bürger dem Burggrafen als faktischem Stadtherrn mehr denn je die nötige Referenz.

Die Folgejahrzehnte waren durchdrungen von erkennbar mehr gemeinsamen Handlungen, so z.B. bei der Vornahme von Examina und Visitationen der Augustinerschule oder z.B. bei der feierlichen, mit Glockengeläut, Musik und Ehrensalue begleiteten Einweihung des neugebauten Rathauses im Jahre 1740. Burggraf Hermann Riedesel zu Eisenbach marschierte mit den Adligen Sechsern an der Spitze der Prozession, gefolgt vom Stadtrat, hin zum neuen 'Alten Rathaus', hielt dort die Festansprache, die auf städtischer Seite der Stadtschreiber erwiderte - die Amtsperson, deretwegen immer noch ein Besetzungsprozeß vor dem Reichskammergericht anhängig war. Im konkreten Miteinander hingegen nicht die Spur von Streit - Signum praktizierter 'Realpolitik'.

Bereits 1695 mußte der Vorgänger-Bau, das alte Fachwerk-Rathaus, erneuert werden, u.a. mit Strafgeldern, die der Scharfrichter wegen einer schlecht ausgeführten Hinrichtung erlegen mußte. Doch nach nur 25 Jahren verfiel das mit Hilfe von Tiroler Maurern renovierte Rathaus abermals, die Finanznot ließ aber keine Reparatur zu. Der Beschluß zum Neubau des Rathauses am gleicher Stelle erfolgte dann 1737, da das schon seit langem mitgenutzte Gerichtshaus nicht mehr ausreichte. Mitfinanzier dieses Steinbaus war im übrigen Burgsyndikus Dr. David Schazmann, der mit 1000 Gulden ein Viertel der Bausumme leihweise beisteuerte. Bei den Burgmannen Löw von Steinfurth nahm der Rat die gleiche Summe gegen 5% Jahreszins auf. Nur mit Hilfe dieser Kredite konnte der Rat, den bescheidenen, dennoch repräsentativen Bau durchführen und die Kosten für Baumaterial sowie Handwerker aufbringen. Friedberg blieb mit diesem Gebäude übrigens weit hinter anderen Repräsentativbauten frühneuzeitlicher Stadtobergkeiten. Erst 1748 erfolgte die Tilgung der Darlehen samt Zinsen wie schon bei vielen an-

deren Geldgeschäften durch Umschuldung und weitere Kreditaufnahme. Auch am Beispiel des Rathausbaus und der Einweihungsfeier wurde somit deutlich, daß fern der Prozeßebene eine im täglichen Miteinander gelebte Akzeptanz der beidseitigen Beziehungen existierte, mit einer erkennbar pragmatisch-interessegeladenen Ausrichtung.

Zum Gerichtshaus, genannt 'Nova Curia', noch ein Nachtrag: Es war Schauplatz einer schrecklichen Verirrung menschlichen Denkens und Handelns, hier tobte sich wie in anderen Orten der Umgebung, so in Lindheim, Bingenheim und Büdingen, der Hexenwahn juristisch aus. Zuletzt geschah dies zwischen 1656 und 1666, in einer vielfach krisenbeladenen Zeit, die auch unter den Frauen Friedbergs einige Opfer durch Folter und Scheiterhaufen forderte. Im Einzelnen kann hier nicht auf die Vorgänge und deren Hintergründe eingegangen, muß hingegen auf den 2. Teilband der Friedberger Stadtgeschichte verwiesen werden. Soviel sei indessen gesagt: Erkennbar differenziert behandelte die Obrigkeit die Hexerei-Thematik. Wurden Räte und deren Angehörige der Zauberei beschuldigt, geschah nichts Weiterreichendes, hingegen gerieten andere Denunzierte, meist eben Frauen, unweigerlich in die Todesmühle. Denn am Ende stand bis auf den letzten Fall, 1666, unweigerlich die Hinrichtung. Aber überall im Reich brach man nun aus manchen Gründen dem Hexenwahn die Spitze. Vielleicht auch, weil die Obrigkeiten durch Denunziation in den Sog der Inquisitionen gerieten, somit selbst aufs Höchste bedroht wurden. - Die Friedberger Delinquenten saßen im übrigen im Roten Turm oder im 'Rosengärtchen' im Mainzer Tor ein, Teilen der Stadtbefestigung also, die auch als städtische Gefängnislöcher dienten.

In der Amtszeit des Burggrafen Ernst Ludwig von Breidenbach zu Breidenstein, von 1749-1755, brachen in Friedberg erneut heftige Konflikte aus. Doch im Gegensatz zu früher handelte es sich um Auseinandersetzungen, die sich im Binnengefüge beider Gemeinwesen abspielten. Die Wahl von Breidenbachs, einem Mann mit einer auffälligen Vorliebe für 'Kindfrauen' - seine beiden ersten Frauen starben blutig, nicht einmal 15jährig im Wochenbett - stand im Zeichen eines schwelenden, nun ausbrechenden Streits der evangelischen und katholischen Burgmannen mit vordergründig konfessionellen Motiven. Im Endeffekt aber ging es um die Vorherrschaft in Burg und Adelslandschaft Wetterau. Beide Streitparteien zogen die mächtigsten Reichsfürsten zur Unterstützung heran - die katholische Minderheit den Kurfürsten von Mainz sowie den Kaiser, die evangelische Mehrheit die Könige von Großbritannien und von Preußen. Im Klartext: Um 1750 transferrierten diese Majestäten die machtorientierten Streitszenarien des Reichstages auf die Ebene der Friedberger Burg. Am Ende des Streits erwiesen sich der Burgherr, der Kaiser, und der mächtigste regionale Reichsfürst, der Mainzer Kurfürst, und deren Katholizität als am stärksten. Die vom Kaiser schon lange betriebene Standeserhöhungspolitik zugunsten des katholischen Reichsadels trug nun auch in der einst standeshomogenen Burgmannschaft

Früchte. Die Vorherrschaft der Protestanten zerbrach, in der Folge kehrten sich die Mehrheiten um, Burggraf Breidenbach war schließlich das letzte evangelische Burgoberhaupt. Bis 1806 bekeideten dann nur noch Katholiken das Burgspitzenamt - das Burgterritorium indes blieb gemäß dem Augsburger Religionsfrieden protestantisch. Der Preis für die nunmehrige Dominanz des katholischen Burgadels war die Bestandsgarantie als einzigartige Adelsgenossenschaft des Reiches.

In der Stadt entlud sich zur gleichen Zeit auch lange schwelender Streit zwischen der bisher alles beherrschenden und reglementierenden Ratsoligarchie und den bislang benachteiligten Zünften, der schließlich 1754 von einem auswärtigen Juristen verglichen wurde. Forderungen nach Beteiligung an den lukrativen Jahresämtern scheiterten zwar, aber Deputierte der zünftisch organisierten Bürgerschaft durften fortan bei der Abhör der Rechnungen teilnehmen. Wenig später wurden auch die zünftischen Mitwirkungsrechte bei der Pfarrerwahl verbessert. Mit dem Recht auf Prüfung der städtischen Finanzen brach die Bürgerschaft Friedbergs, wie in anderen Reichsstädten schon zuvor, die verkrustete alte oligarchische Ordnung auf. Handlungsträger waren meist aufstrebende Bürger, Gewerbetreibende wie Händler, die ihre wachsende wirtschaftliche Potenz auch in politische Macht umgesetzt sehen wollten. In Friedberg war alles aber etwas anders und diese Kräfte nur rudimentär vorhanden - auch wurde das Beteiligungsrecht der Bürger an der Rechnungsabhör infolge der enorm harten Kriegsprüfungen der Folgejahrzehnte stark abgenützt. Darüber hinaus verstanden es die Ratsherren, die wenigen Agitatoren der Bürgerschaft rasch in ihr System aus Verfilzung, Vetternwirtschaft und Selbstbegünstigung aufzunehmen, somit an den 'Fleischtopfen' der Stadt partizipieren zu lassen. Die Agitation dieser Kräfte gegen den Rat erlahmte dann ziemlich bald auf wundersame Weise...

Zum Nepotismus und zur Ämterpatronage - typische frühneuzeitliche, keineswegs Friedberg spezifische Phänomene - hier nur einige wenige Beispiele:

1770 gelangte der Buchbinder und Kramer Johann Philipp Gerth, im übrigen einer der Chronisten unserer Stadt, nach 14 Jahren der einträglichen Verwalterschaft der Kirchenkassen durch Zuwahl in den Stadtrat. Mit seinem ebenfalls gewählten Vetter Ewald nahm er unter den jüngeren Ratsherren Platz. Beide entstammten angesehenen Familien, aus denen schon früher Ratsherren kamen. Der Zutritt zum Rat kostete beide eine Stange Geld, das unter die Ratskollegen verteilt wurde. Auch für die Verwaltung der Kirchenkassen mußte Gerth zuvor bereits einiges erlegen. Als Ewald 1772, Gerth dann 1773 jeweils für ein Jahr zum jüngeren Bürgermeister gewählt wurden, fiel noch einiges mehr an Kollegen-Gebühren und Bewirtung an. Aber den teuren Eintritt in die höchsten Ratsstellen nahm man gerne auf sich, garantierte er doch lebenslang einträgliche, jährlich wechselnde Stadtämter. Die gewinnträchtigsten Ämter verteilten die älteren Ratsherren, die

Schöffen unter sich, aus denen auch jeweils der ältere Bürgermeister gewählt wurde. Im Folgejahr übertrug man diesem Bürgermeister dann die lukrative Stelle des Wegegelderhebers, wie im Falle einer beliebigen Ämterliste, so des Jahres 1718, zu sehen ist. Auch das Amt des Ausfuhr- und Mehlszeichengebers brachte in ruhigen Zeiten gute Erträge. Neben den beiden Bürgermeisterämtern waren die Posten der Rentmeister die angesehensten der Stadt, keineswegs aber die gewinnreichsten. Signifikant ist die zu beobachtende Ämterhäufung; sie ermöglichte den Ratsherren auch bei minderwichtigen Jahresämtern erträgliche Einkünfte - immer auf Kosten der zu vielfältigen Zahlungen herangezogenen Bürger.

In diesem System der Ämtervergabe und -nutzung durch wenige wurden die städtischen Einkünfte hier wie andernorts fortgesetzt geplündert. Wer durch Ansehen, Wohlhabenheit und Verwandtschaftsbeziehungen in den Rat gelangte, stand für immer im städtischen Selbstbedienungsladen. Daß von diesen Kräften kaum Momente der Erneuerung ausgingen, lag auf der Hand. Viele Städte der Epoche mit ähnlichen Sozial- und Obrigkeitsstrukturen wie in Friedberg erstarrten so in ihrer Entwicklung durch diese Kräfte der Beharrung auf angeeigneten Vorrechten und dem Althergebrachten.

Gerade nach dem Siebenjährigen Krieg, den Friedberg als zentrales Heer- und Versorgungslager der Franzosen erleben und hart durchleiden mußte, befanden sich Stadt und Burg dann am Rande des Bankrotts. Der Burg gelang es in der Folge, unter geschickter Nutzung ihrer deutlich günstigeren Voraussetzungen und Chancen, so mittels Verwendung des 1769 mit kaiserlicher Billigung geschaffenen St. Josephsordens als Kreditinstitut, ihre Finanzlage zu sanieren. Maßgeblich trug dazu Burggraf Johann Maria Rudolph Waldbott von Bassenheim bei, der von 1777 bis 1805 amtierte. Die Stadt hingegen blieb bis in die Hessen-Zeit nahezu zahlungsunfähig. Z.B. mußte ihr der Reichskreis über rund 30 Jahre die an sich erforderlichen Abgaben mindern bzw. erlassen, ja die Stadt geriet gar wegen ihrer Verschuldung unter die Finanzaufsicht des Reichskreises. Die Stadtväter, zur Sanierung der Finanzen weder fähig noch willens, suchten nach dem Siebenjährigen Krieg händeringend nach Möglichkeiten 'zum schnellen Geld' zu gelangen, fanden sie vermeintlich in der 'Gesellschaft der Wohltätigkeit', der man, da in Hanau ins Taumeln gekommen, Heimstatt in Friedberg gewährte. Bei dieser Gesellschaft handelte es sich um eine Mixtur aus Lotterie und Prämien-Versicherung für Kapitaleinleger, die hohe Gewinne versprach. Auch Burgbeamte, wie Kanzleidirektor Schazmann, beteiligten sich führend an dieser Gesellschaft. Doch der Traum vom 'schnellen Gulden' platzte wie eine Seifenblase. Die Gesellschaft war bereits 1773 bankrott, wurde von Kurmainz zur Liquidation übernommen; etliche Bürger wie Räte erlitten erhebliche Einlageverluste, erlebten gar Zwangsversteigerungen von Immobilien zur Tilgung aufgenommenen Kredite.

In dieser Zeit bleibend verbreitet großer Not richteten die 1788 anonym verfaßten 'Patriotischen Gedanken über den Zustand der Juden' auch den

Blick auf das „nackte Elend und die schreckliche Armuth dieser Leute“ in der Judengasse. Ohne hier näher auf die in manchem gewiß überzeichnete Schrift eingehen zu wollen, deren Autorenschaft man später dem Burgregistrator Schazmann zuwies, so steht sie doch als Zeugnis für judenemanzipatorische Bestrebungen, generell auch für aufgeklärte Strömungen in Friedberg, die sich ebenso in der Freimaurerloge 'Rudolph zu den drei Schwanen' mit Angehörigen aus Burg und Stadt dokumentierten. Das neue Burg-Gesangbuch stand übrigens auch unter dem Einfluß des Zeitgeistes, was den Rektor der Augustinerschule und Chronisten, Ludwig Ernst Langsdorf, zu Mißfallensäußerungen über die neuen Kirchenlieder und damit die Aufklärung veranlaßte. Langsdorffs Pädagogik trug im übrigen dazu bei, daß Ansehen und Schülerzahlen der Augustinerschule im Zuge seines 50jährigen Rektorats immer weiter sanken.

Zu den Juden noch ein Zusatz: Trotz ihrer beschwerten Lage in schwierigen Zeiten spielten die Friedberger Juden bleibend eine exponierte, territoriale Grenzen überschreitende Rolle im jüdischen Leben der Region. U.a. bildete der in Friedberg ansässige Rabbiner seit Jahrhunderten das kulturelle und jurisdiktionelle Zentrum der einheimischen wie aller Juden der Burggrafschaft, Oberhessens und Nassaus.

Die 'Verheerung der Insel Santo Domingo' durch Sklaven, wie Rektor Langsdorff Anfang 1792 mit Bedauern in seinem Tagebuch vermerkte, bewirkte drastische Preisanstiege für Luxusartikel wie Kaffeebohnen und Rohrzucker auch in Friedberg. Um die wenigen Bessergestellten der Stadt vom offenbar lebenswichtigen Genuß dieser Luxuswaren nicht fernzuhalten, beließen sie die Stadtväter auch weiterhin steuerfrei. Die für die tägliche Versorgung der übrigen Einwohner wichtigen Lebensmittel, wie Mehl, Öl, Salz, Bier, usw. hingegen standen unter kontinuierlicher Besteuerung.

Nun, der Sklavenaufstand geschah im Zuge der Französischen Revolution, die ihre Sendboten bald danach ins Reich und nach Friedberg schickte. Von den erneut großen Lasten und Nöten, die die Revolutionskriege über Friedberg und Umgebung brachten, soll hier keine Rede sein, aber sie bilden den Abschluß dieser deutlich vom Krieg gezeichneten Epoche seit dem frühen 17. Jahrhundert, in der jede Lebensregung in Burg und Stadt fortgesetzt von Kriegsbeschwerden überlagert war.

Im Oktober 1802 fiel die Reichsstadt Friedberg im Zuge der territorialen Neugliederung Deutschlands an die Landgrafschaft Hessen-Darmstadt, büßte damit ihre reichsfreie Existenz endgültig ein. Die Stadt brachte als 'Mitgift' einen aus den Kriegszeiten und infolge der Unfähigkeit des Stadtrates auch hausgemachten, enormen Schuldenberg in die Hessen-Zeit mit ein. Aber nicht der Gastwirt Philippi und seine Anhänger in der Bürgerschaft, die um 1800 Räte und Stadtverfassung in eine starke Legitimationskrise drängten, gingen als Gewinner in die neue Zeit, sondern die alten, bisher vor allem am Pfründenverzehr interessierten Verantwortungsträger durften auch unter dem neuen Landesherrn weiterhin die städtischen Spit-

zenämter bekleiden, konservierten mit Billigung Darmstadts die bisherigen örtlichen Machtstrukturen. Man setzte auf das Alte, auf Beharrung, nicht auf Neuerung, selbst im neuen größeren Ganzen.

Die Burg intervenierte beim Kaiser gegen den Verlust ihrer Rechte über die Stadt, doch vergebens. Burggraf Clemens August von Westphalen konnte mit Hilfe des Habsburger-Kaisers indessen den direkten Übergriff Hessen-Darmstadts auf die Burg im Jahre 1804 noch einmal erfolgreich zurückschlagen, was die Burgbewohner mit Lobgedichten priesen. Die letzte Burgmünze würdigte ebenso dieses Ereignis. Zeigte die Prägung doch St.Georg, den Schutzpatron der Ritterschaft, der statt eines Drachens eine an der Mähne als Löwe auszumachende Bestie erstach - den 'Hessen-Löwen'!

Aber mit Niederlegung der deutschen Kaiserkrone durch Franz II. und der Gründung des Rheinbundes von Napoleons Gnaden, verlor auch die Burg trotz gegenteiliger Zusicherungen des Franzosenkaisers ihre freie Existenz nach über 600 Jahren als zuletzt völlig einzigartiges Gebilde der Reichsverfassung.

„Das Jahr 1806 ist die Zeit, wo es in der Wetterau zu tagen begann, wo gleichsam ihre Morgenröte aufging“, meinte der hessische Metternich, Staatsminister du Thil, in der Rückschau später schwelgerisch. Für ihn thronten inmitten dieses früheren Durcheinanders Reichsstadt und Burg Friedberg. Nun die Flurbereinigung Deutschlands mit Hilfe Napoleons reduzierte die vormalige Vielzahl von Herrschaften vehement - Stadt und Burg standen fortan unter der Hoheit des Darmstädter Großherzogs, wie auch der überwiegende Teil der Wetterau. Die meisten Friedberger begrüßten den neuen Landesherrn gerne, feierten 1805 und 1806 ausgelassen dessen Namenstag. Doch die Feierfreude wurde überschattet von fortgesetzter Kriegs- und Besatzungszeit. Auch brachten die großherzogliche Anordnung zur Rekrutierung Friedberger Bürgersöhne für seine Truppenverpflichtungen gegenüber Napoleon sowie die sehr zurückhaltende Übernahme städtischer Schulden erste ernsthafte Verstimmungen mit dem neuen Landesfürsten zustande.

Als nach du Thil die Morgenröte einer neuen besseren Zeit aufging, hatten die Bürger Friedbergs somit bereits erste ungute Erfahrungen mit dem neuen Landesherrn gesammelt.

Die Jugend Friedbergs, hier vor allem die Kinder der städtischen Honoratioren, kümmerte indes der Hoheitswechsel erst einmal wenig, man arrangierte sich mit der neuen Ära, ging zum Beispiel nun vermehrt an die Landesuniversität nach Gießen, statt wie zuvor vor allem nach Göttingen. Auch setzte man mit Nachdruck das seit der Jahrhundertwende aufgeblühte Kulturleben fort, spielte gar mit Begeisterung Theaterstücke von Kotzebue und Iffland, so meist im Gasthaus 'Zu den 3 Schwertern'. Zu dieser Laienspielgruppe gehörten u.a. Siegfried Schmid, der spätere Schriftsteller und Hölderlin-Freund, sowie die Kinder des Konrektors Kleberger. Selbst in überre-

gionalen Zeitungen wurde von den hervorragenden schauspielerischen Leistungen der jungen Friedberger verkündet. Die Briefe der Kleberger-Tochter berichten auch von einer Vielzahl von Konzerten und Bällen, an denen die Jungen und Alten begeistert teilnahmen. Es war durchaus Aufbruchstimmung zu spüren, bis man eben doch wieder Kriegs- und Besatzungserfahrungen machen mußte, bis eben die ersten Risse im Verhältnis zum neuen Landesherrn auftraten.

Vom früheren faktischen Stadtherrn, der Burg, verabschiedete man sich bei der Namensfeier für den Großherzog, wenige Tage vor der staatlichen Übernahme der Burg durch Hessen, mit einer das uralte Verhältnis noch einmal kennzeichnenden Spitze - man schoß zwar mit unscharfer Munition Ehrenschat für Ludewig, doch die städtischen Kanonen waren mit Absicht auf die Burg gerichtet, so wie dies bei der letzten Burggrafenwahl im Jahre 1805 in umgekehrter Weise geschehen war.

Ein kurzes, sehr zugespitztes Fazit:

Der für die Zeitverhältnisse innovativere, in jeder Hinsicht potentere Teil Friedbergs geht 1806 unter, obwohl die Adelherrschaft in Deutschland bekanntlich noch lange nicht vorbei ist. Der jahrhundertlang schwächere, von Vetternwirtschaft gelähmte Teil hingegen bleibt letztlich als politischer und rechtlicher Gewinner übrig - eine gewisse Ironie der Geschichte. Aber auch die Stadt 'überlebt' lediglich im Verband eines größeren, neuformierten Staatswesens, unterhält über die städtischen Ratspersonen für eine gewisse Zeit noch eine Restverbindung zur reichsstädtischen Vergangenheit.

1834 erfolgt schließlich die Vereinigung von Burg und Stadt zu einer politischen Gemeinde - fortan wird man nur noch von der Stadt Friedberg sprechen.

Ungedruckte wie gedruckte Quellen und Literatur in Auswahl

1. *Stadtarchiv Friedberg* (hier vor allem Ratsprotokolle und diverse Akten)
2. *Hessisches Staatsarchiv Darmstadt* (hier insbesondere: Abt. B 5, C 1, C 4, E 1, E 8, E 9, F 1 und F 3)
3. *Philipp Dieffenbach*, Geschichte der Stadt und Burg Friedberg in der Wetterau, Darmstadt 1857.
4. *Volker Press*, Friedberg - Reichsburg und Reichsstadt im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit, in: Wetterauer Geschichtsblätter 35/1986, S.1-29.
5. *Klaus-Dieter Rack*, Die Burg Friedberg im Alten Reich. Studien zu ihrer Verfassungs- und Sozialgeschichte zwischen dem 15. und 19. Jahrhundert, Darmstadt-Marburg, 1988 (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte, 72)
6. *Reimer Stobbe*, Die Stadt Friedberg im Spätmittelalter. Sozialstruktur, Wirtschaftsleben und politisches Umfeld einer kleinen Reichsstadt, Darmstadt-Marburg 1992 (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte, 92)
7. *Christian Waas*, Die Chroniken von Friedberg in der Wetterau, 3 Bde., Friedberg 1937-1963.

Weitere Quellen- und Literaturangaben nebst ausführlichem Anmerkungsapparat siehe in meinem Beitrag 'Vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Ende des Alten Reiches' im künftigen 2. Teilband 'Friedberg in Hessen. Die Geschichte der Stadt' (Erscheinungszeit: Ende 1998).